Die Tribüne
Die unabhängige Plattform für eine kritische Beobachtung der Politik im Kanton Zürich!
Jetzt anmelden
die-tribuene.ch

Freitag, 26. September 2025 | Nr. 39 | 67. Jahrgang

AZA
CH-8600 Dübendorf
P.P. / Journal
Post CH AG
Retouren an: SVP, Lagerstrasse 14, 8600

Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND
PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

Eidgenössische Politik
Schlussspurt: NEIN zum Zürcher Klima-Wahn!
von Marco Calzimiglia
Seite 2

Kanton Zürich
Die SVP sichert Ihnen Ihr Zuhause
von Marc Bochsler
Seite 3

Aktuell
Die stillen Erfolge des Guy Parmelin
von Reinhard Wegelin
Seite 4

Parlamentsgemeinden
Brücken schlagen statt Mauern errichten
von Michele Romagnolo
Seite 6

Veranstaltungs-Tipp
Vortragsabend auf dem Hof Schlattgut
Seite 4

NACHRUF

Die SVP hat Alfred Heer viel zu verdanken

Es war im «Haus der Freiheit» bei Toni Brunner. Der Präsident der SVP des Kantons Zürich, Domenik Ledergerber, trat nach einem Telefonat an uns, eine Gruppe alter SVPler, die sich regelmässig zu einem Essen und zum Gedankenaustausch trifft, heran und informierte uns über den Tod unseres lieben Mitstreiters Alfred Heer im Alter von nur 63 Jahren.

Bild: zVg

In der Nacht auf Freitag, 19. September 2025, mitten im pulsierenden Herzen des Zürcher Ausgehviertels, das er so liebte, hat ihn ein plötzlicher medizinischer Notfall ereilt. Heer hinterlässt eine erwachsene Tochter. Ihr, seinen beiden Brüdern und den weiteren Angehörigen drücke ich an dieser Stelle mein tief empfundenes Beileid aus.

Die Nachricht traf uns, die wir eben noch unter Bäumen, die uns vor der gleissenden Herbstsonne schützten, Wein aus dem Hause «Parmelin» genossen, wie ein Schlag. Rasch machten Erinnerungen und Anekdoten im Zusammenhang mit Fredi die Runde. Allen war klar: Wir haben einen grossen Verlust zu beklagen.

Zwar wussten wir um Heers gesundheitliche Probleme, die er jedoch gerne herunterspielte und denen er mit intensiven sportlichen Aktivitäten zu begegnen suchte. Alfred redete nicht gerne über sich und über seine Sorgen. Umso grösser war sein offenes Ohr für Bedürfnisse und Ängste seiner Mitmenschen. Er war gewiss kein Sozialist, auch kein Sozialdemokrat. Er war stattdessen sozial. Er verstand es als seine Aufgabe, der Gemeinschaft zu dienen. Reine Umverteilung und der Aufbau einer Sozialindustrie waren ihm ein Gräuel.

Bei einem anderen Essen, das vor fast 30 Jahren in meinem Elternhaus stattfand, eroberte Alfred Heer das Herz meines Vaters mit der Bemerkung, er sei «im Schatten des Güterbahnhofs aufgewachsen». Mein Vater, der ihn fortan überaus schätzte, erkannte sofort, aus welch gutem Holz Alfred Heer geschnitzt war. Dieses wirkte nur auf den ersten Blick ungehobelt. Im Gespräch wurde rasch klar, dass Alfred Heer aus dem Vollen schöpfte. Er sprach mehrere Sprachen und kannte die Welt und die Härten des Wirtschaftslebens als Unternehmer. Gerne erzählte er von seinen zahlreichen Abenteuern. Nie stellte er sich dabei in den Vordergrund. Ihm ging es stets um die Sache.

Alfred Heer war ein Mensch, der sich nicht nur mit den Fragen unseres irdischen Daseins beschäftigte. Er wollte auch wissen, woher wir kommen und wohin wir gehen. Religion – nicht Frömmlerei – hatte einen bedeutenden Platz in seinem Leben. Sein reformierter Glaube war ihm wichtig, und bei der Auseinandersetzung mit dessen Wurzeln beschäftigte er sich auch intensiv mit dem Judentum. Er kannte die Thora, lernte Hebräisch bis zur Konversationsfähigkeit und war ein echter Freund Israels.

Alfred Heer war der Typ Mensch, der einem zuhörte, wirklich zuhörte, und der mit einem einzigen – manchmal brüskierenden – Satz die Welt klarer machte. Sein Charisma, seine Offenheit, sein Mut, klare Kanten zu zeigen – das machte ihn unvergesslich. Fredi stand immer für das Gemeinwohl ein, ob in der Debatte um Migration, Wirtschaft oder Unabhängigkeit. Er war kein Karrierist, sondern ein Überzeugungstäter, der mit Ehrlichkeit und Humor die Politik menschlicher machte.

Gleichwohl war Alfred Heer das, was wir bei der SVP einen «Krieger» nennen. Seine Verdienste für die Zürcher SVP sind kaum zu überschätzen. Er und seine Mitstreiter, von denen ich an dieser Stelle Mauro Tuena hervorheben möchte, nahmen es auf sich, für den Rest der Partei die harte Grenadierarbeit zu erledigen und ihre Köpfe hinzuhalten. Wenn sich die Qualitätsjournaille oder politische Gegner über den schlechten Stil der Zürcher SVP ereiferten, zielten sie auf Christoph Blocher und Alfred Heer, die allerdings keinen schlechten, sondern einen notwendigen Stil pflegten. Das kompromisslose Einstehen für die Unabhängigkeit der Schweiz sowie für tiefe Steuern und der Kampf gegen den Asylrechtsmissbrauch erwiesen sich als richtig und erfolgreich. Manch ein Nationalrat verdankt seinen Sitz in Tat und Wahrheit Alfred Heer.

Dass Alfred Heer über ausserordentliche Talente verfügte, war mir seit unserem ersten Zusammentreffen klar. So bewunderte ich beispielsweise sein unglaubliches Gespür für Stimmungen, das mir manchmal an Zauberei zu grenzen schien. Als Neokantonsrat erlebte ich ihn als Präsident der WAK, wo er durch Dossierkenntnis und gute Führung zu glänzen vermochte. In der Strategiekommission der Kantonsratsfraktion, die jede Woche frühmorgens im Büro von Rudolf Ackeret stattfand, überzeugte er sowohl durch seine Konzepte wie auch durch seinen Schalk. Unter seiner Führung als Fraktions- und Kantonalparteipräsident gelang es sogar, die Steuern substanziell zu senken. Heute erfüllt es mich mit Stolz, dass uns die «NZZ» einmal als das «Duo infernale der Zürcher SVP» bezeichnete.

Seit 2011 war Alfred Heer auch Mitglied der Schweizer Delegation im Europarat, die er bald auch anführte. Er war ein Diplomat mit schweizerischem Kern, der Brücken baute, ohne je seine Prinzipien zu verraten. Auch jenseits der Bühne, jenseits der Kanzeln und Konferenzsäle zeigten seine Fähigkeiten Wirkung, so etwa bei der Absetzung eines korrupten Ratspräsidenten.

Zum letzten Mal sah ich Alfred Heer an der diesjährigen Bundesfeier, an der er die Gossauer Bevölkerung zur aktiven Teilnahme an politischen Entscheidungsprozessen aufrief. Sein Auftritt wurde als ebenso versöhnlich wie ehrlich bewertet, was mir auch von einigen Linken bestätigt wurde.

Alfred Heer war nicht nur eine bekannte und prägende Figur der Schweizer Politik, sondern in erster Linie ein aufrechter, authentischer und leidenschaftlicher Mensch, der stets mit ganzem Herzen für das kämpfte, woran er glaubte. Seine gradlinige Art, sein unermüdlicher Einsatz für seine Überzeugungen und seine Verbundenheit mit dem Volk haben ihn weit über die Grenzen seiner Partei und seines Kantons hinaus respektiert und geschätzt gemacht. Die Reaktionen auf seinen Tod beweisen denn auch, wie oberflächlich das Bild war, das die Qualitätsjournaille jahrelang von ihm zeichnete.

Alfred Heer war ein Mensch. Sein Andenken gereiche uns zum Segen.

Ruhe in Frieden, lieber Freund.

Claudio Zanetti,
Alt Nationalrat SVP

Abschied von Alfred «Fredi» Heer

Die Trauerfamilie wünscht einen Abschied im engen Familien- und Freundeskreis und verzichtet auf eine öffentliche Publikation der Abdankung.

Aktive und ehemalige Mandatsträger, Weggefährten, Freunde und SVP-Mitglieder, die von Fredi Heer Abschied nehmen möchten, dürfen dies gerne tun.

Für Informationen zur Abdankung kommende Woche wenden Sie sich bitte an das Sekretariat der SVP des Kantons Zürich unter 044 217 77 66.

Christoph Mörgeli

Dummschwätzer und Ungebildete

Der linke amerikanische Moderator Jimmy Kimmel sagte im Fernsehsender ABC über den Mörder des konservativen Aktivisten Charlie Kirk wörtlich: «Die Maga-Gang versucht verzweifelt, diesen Jungen, der Charlie Kirk ermordet hat, als alles andere als einen der ihren darzustellen, und tut alles, um daraus politisch Kapital zu schlagen.» Was er anderntags wiederholte. Kimmel stellte also die Wahrheit auf den Kopf. Er schob die brutale Exekution dem politischen Lager des Opfers zu, nämlich der «Make America Great Again»-Bewegung der Unterstützer von Donald Trump.

Dabei wusste zum Zeitpunkt der Sendung, zehn Tage nach dem Attentat, der Hinterste und Letzte, dass es sich beim Täter um einen radikalisierten Linksextremisten und erklärten Trump-Gegner handelt. Moderator Kimmel hat sein Publikum trotz seiner vorgeblichen «Faktenprüfer» vorsätzlich belogen. Weswegen – und wegen seiner miesen Zuschauerquoten – ihn der Sender ABC suspendiert hat. Was jetzt die ganz- und teilpensionierten Schweizer Staatskomiker zum Skandal stemmen.

Im «Blick» nannte Mike Müller Jimmy Kimmels Lügengebräu eine «kritische Sendung». Und stellte die Frage: «Wollen wir solche Verhältnisse auch bei uns?» Aber gern. Es wäre schön, wenn das Verbreiten nachweislicher Falschaussagen auch hierzulande personelle Konsequenzen hätte. Viktor Giacobbo beschimpfte Präsident Trump als «ungebildeten Egomanen». Offenbar ist uns Schweizern entgangen, dass Giacobbo wie Trump über einen ökonomischen Studienabschluss verfügt und an der Wharton School der Universität Pennsylvania studiert hat. Weiter nennt der gebildete Viktor Giacobbo Trump einen «Dummschwätzer». Wo er selber mit Dummschwätzern und dank den SRF-Zwangsgebühren seinen Lebensunterhalt verdient und damit seine Taschen gefüllt hat. Wo bleibt eigentlich der Einsatz von Giacobbo/Müller für die freie Rede, wenn Rechte ihren Job verlieren? Etwa Tucker Carlson bei Fox? Oder Megyn Kelly bei NBC? Oder jetzt die Deutsche Julia Ruhs bei NDR? «Die Lüge jeweils schnell verpufft./Doch wer sie deckt, der ist ein Schuft.»

SESSIONSRÜCKBLICK 3. WOCHE

Eine traurige Session mit Abdankung

In Bern tagten in den letzten drei Wochen der National- und Ständerat. Heute folgen die Schussabstimmungen der Herbstsession.

Nina Fehr Düsel
Nationalrätin SVP
Küsnacht

Die letzte Woche startete sehr traurig und im Gedenken an Nationalrat Fredi Heer, der vor wenigen Tagen unerwartet verstorben ist. Er war ein authentischer Mensch, sehr guter Kollege und fundierter Politiker, der nahe an der Bevölkerung war und über viele Themen Bescheid wusste. Er wird eine grosse Lücke hinterlassen. Der Nationalrat und auch der Ständerat haben gleich zu Beginn am Montag eine Abdankung gehalten. Man konnte auch Blumen und Kerzen sowie Botschaften hinterlassen. Im Ratssaal war es sehr still. Die Aktion der SVP am Montag auf dem Bundesplatz wurde abgesagt.

Fragestunde an den Bundesrat

Danach musste leider der Ratsbetrieb weitergehen. Es folgte die Fragestunde an die Bundesräte, es waren sehr viele Fragen eingereicht worden. Ich wollte von Bundesrat Beat Jans wissen, wieso das Verhüllungsverbot umgangen werden kann, indem Gesichtsmasken nebst dem Kopftuch getragen werden können. Leider meinte der Bundesrat, man könne dies nicht wirklich ärztlich überprüfen, und wich den Fragen aus. Eine weitere Frage war, wieso Fahndungsbilder zuerst verpixelt und erst später, wenn der Täter vielleicht schon ausser Land ist, dann unverpixelt gezeigt werden. Auch hier wich man aus und sprach von Daten- und Persönlichkeitsschutz. Diese Themen werde ich sicher weiterverfolgen.

Viele Redner zur Nachhaltigkeitsinitiative

Die lange Debatte zur Nachhaltigkeitsinitiative («Keine 10-Millionen-Schweiz!») eröffnete Nationalrat Thomas Matter und sprach alle Bereiche an, auf welche die Zuwanderung negative Auswirkungen zeigt. Auch viele andere Redner der SVP konnten einzelne Aspekte wie die Wohnungsnot, die steigende Kriminalität oder die Überlastung der Infrastruktur aufgreifen. Insgesamt sprachen über 100 Redner zu diesem wichtigen Geschäft. Leider stehen wir hier als Partei alleine da, obwohl das Thema Dichtestress in der Bevölkerung sehr zentral ist und auch kritisch gesehen wird.

Ausserordentliche Session Asyl

Weitere spannende Themen im Ständerat waren die ausserordentliche Session Asyl mit Motionen seitens der SVP (Motion Chiesa, Poggia und Friedli), dass Asyl nicht mehr unbefristet gewährt wird, der Schutzstatus S aufgehoben wird sowie zum Thema, das Resettlement zur Stabilisierung des Asylsystems auszusetzen. Auch wurde im Ständerat über die Wiederermöglichung von Doppelnamen bei der Heirat diskutiert. Am Mittwoch gab es auch eine ausserordentliche Session Asyl im Nationalrat mit vielen SVP-Motionen. Nationalrat Pascal Schmid (TG) hatte hier den Lead. Auch in der letzten Sessionswoche fanden nebenbei noch sehr viele Anlässe und Fachreferate statt.

Im Nationalratssaal gedachten Blumen und Kerzen Alfred Heer. Bild: Nina Fehr Düsel

ABSTIMMUNG VOM 28. SEPTEMBER 2025

Mehr Freiheit, weniger Abgaben: Energiegesetz versenken, Eigenmietwert streichen!

Am kommenden Sonntag stehen für unseren Kanton und die ganze Schweiz wegweisende Entscheide an. Es geht um nichts weniger als die Sicherung von Wohlstand, Freiheit und Eigentum.

Marco Calzimiglia
Parteisekretär
SVP Kanton Zürich

Mit dem kantonalen Energiegesetz, der Abschaffung des Eigenmietwerts und der Einführung einer staatlichen E-ID kommen drei Vorlagen an die Urne, die unseren Alltag und unsere Zukunft direkt betreffen.

Energiegesetz: Teuer, bevormundend und wirkungslos

Das revidierte Energiegesetz ist nichts anderes als ein gigantisches Programm an Zwangsmassnahmen. Unter dem Vorwand des Klimaschutzes will die linksgrüne Mehrheit tief in unseren Alltag eingreifen – mit immer neuen Vorschriften, Abgaben und Strafen.

Schon heute reden die Befürworter ganz offen davon, das Fliegen massiv einzuschränken. Ferien mit dem Flugzeug sollen bald nur noch für wenige Privilegierte möglich sein – für alle anderen viel zu teuer oder schlicht verboten. Der motorisierte Individualverkehr steht ebenfalls auf der Abschussliste: Autos sollen verdrängt, Benzin und Diesel mit immer höheren Abgaben unerschwinglich gemacht werden. Wer ausserhalb der Stadt wohnt, Kinder in die Schule fahren oder zur Arbeit pendeln muss, wird direkt bestraft.

Doch damit nicht genug: Auch für Konsumgüter, Lebensmittel oder alltägliche Dienstleistungen drohen neue Abgaben und Vorschriften. Alles soll reglementiert, überwacht und kontrolliert werden – bis hin zu unserem persönlichen Lebensstil. Wer nicht ins rotgrüne Weltbild passt, wird zur Kasse gebeten oder gar kriminalisiert.

Dieses Energiegesetz steht exemplarisch für eine Politik der Bevormundung: Verzicht, Verbote und Zwang statt Eigenverantwortung, Freiheit und Innovation. Der Kanton Zürich wird damit nicht ökologischer oder lebenswerter, sondern teurer, unfreier und spürbar ärmer.

Eigenmietwert: Schluss mit absurder Doppelbesteuerung

Die zweite wichtige Vorlage betrifft direkt alle Wohneigentümer: die Abschaffung des Eigenmietwerts. Dieses absurde Konstrukt zwingt Hauseigentümer, für eine fiktive Miete Steuern zu zahlen – also für ein Einkommen, das sie gar nie erhalten. Diese Ungerechtigkeit trifft gerade Familien und Pensionierte mit bescheidenem Einkommen hart.

Die Abschaffung bringt echte Entlastung, fördert Wohneigentum und stärkt die private Vorsorge. Wer sein Haus oder seine Wohnung abbezahlt hat, soll im Alter nicht durch künstlich aufgeblähte Steuerrechnungen bestraft werden. Der Eigenmietwert ist ein Relikt aus der Vergangenheit – es ist höchste Zeit, ihn abzuschaffen.

Weitere Gründe für ein JA lesen Sie im Beitrag des Zuger Nationalrats und Bundeshausfraktionspräsidenten Thomas Aeschi auf Seite 5.

E-ID: NEIN zum staatlichen Datensammeln

Schliesslich noch zum E-ID-Gesetz. Dieses verspricht mehr Kontrolle als Nutzen: Es fehlen klare Datenschutzgarantien und es gibt keine verlässliche Regelung, die ein Offline-Leben garantiert oder verhindert, dass digitale Identitätsnachweise zur Pflicht werden. Alles in allem öffnet diese Vorlage Tür und Tor für Überwachung und Manipulation – deswegen ein klares NEIN.

Unser Aufruf

Die SVP des Kantons Zürich ruft alle Mitglieder, Sympathisanten und Bürgerinnen und Bürger auf: Nutzen Sie die letzte Gelegenheit, Ihre Stimme abzugeben! Eine briefliche Stimmabgabe ist nicht mehr möglich. Wer noch nicht abgestimmt hat, soll unbedingt am Sonntag persönlich ins Stimmlokal gehen. Nur mit einem klaren NEIN zum Energiegesetz, einem JA zur Abschaffung des Eigenmietwerts und einem NEIN zur staatlichen E-ID sichern wir einen Kanton Zürich und eine Schweiz, die auch in Zukunft lebenswert, bezahlbar und frei bleiben.

Die SVP wünscht Ihnen einen spannenden Abstimmungssonntag!

Wer Freiheit statt Verbote und Zwang bevorzugt, legt ein dezidiertes NEIN zum Energiegesetz in die Urne. Bild: zVg

SO STIMMEN SIE RICHTIG!

Volksabstimmung vom 28. September 2025

Eidgenössische Vorlagen

1. Bundesbeschluss vom 20. Dezember 2024 über die kantonalen Liegenschaftssteuern auf Zweitliegenschaften	JA
2. Bundesgesetz vom 20. Dezember 2024 über den elektronischen Identitätsnachweis und andere elektronische Nachweise (E-ID-Gesetz, BGEID)	NEIN

Vorlage Kanton Zürich

Energiegesetz (EnerG) (Änderung vom 27. Januar 2025; Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel)	NEIN

BERICHT AUS DEM KANTONSRAT

Klinik-Informations-System – Wo ist das Vertrauen geblieben?

Beim Entscheid für das Klinik-Informations-System herrschte, anders als beim Verpflichtungskredit von 650 Millionen Franken für den Neubau des Universitätsspitals, ein grosses Misstrauen. Die Abhängigkeit von den USA lässt grüssen.

Bernhard im Oberdorf
Kantonsrat SVP
Zürich

Aufgrund eines grossen Misstrauens kam es zu einer dringlichen Interpellation im Kantonsrat. Schwierig war es mit dem Entscheid für das Klinik-Informations-System, bei dem der Spitalrat des Universitätsspitals sich für das US-Amerikanische System «Epic» entschieden hat. In der Aufsichtskommission Bildung und Gesundheit (ABG) wurde begründet, warum der Entscheid so ausgefallen ist. Dennoch liess sich das Misstrauen keineswegs ausräumen.

Kriterien: Kosten, Datenschutz, Unabhängigkeit

Kriterien für die Wahl sind die Kosten, der Datenschutz für die Patienten und die Unabhängigkeit. Hier haben gerade die Erfahrungen, welche die Schweiz mit den USA in letzter Zeit gemacht hat, einen bedeutenden Einfluss auf das Vertrauen.

Betreffend die Kosten und die Kundenzufriedenheit leuchtete Karl Heinz Meyer dieses Spannungsfeld aus und verwies darauf, dass die veranschlagten 95 Millionen Franken nur einen kleinen Teil der effektiven Beschaffungskosten ausmachen – es werden Folgekosten «von über 350 Millionen Franken für die ersten acht Jahre in den Raum gestellt», so unter anderem für den internen Projektaufwand (68 Millionen Franken), für externe Berater (24 Millionen Franken), für die Schulung (12 Millionen Franken) und interne Ressourcen (152 Millionen Franken). Dies stellte er der Zürcher Lösung «Kisim» gegenüber, deren Anschaffungskosten bei 42 Millionen Franken liegen und bei der man im gleichen Zeitraum auf rund 156 Millionen Franken an Folgekosten kommen würde. Auch bei der Kundenzufriedenheit gemäss der Schwappach-Studie liegt diese bei den Anwendern für «Kisim» bedeutend höher als bei «Epic».

Entscheidend ist aber auch der Datenschutz, auf dass nicht Patientendaten im Darknet oder anderen Netzen landen. Hier sei dieses Kriterium, so der SVP-Referent, mit einem Prozent in der Ausschreibung relativ schwach gewichtet worden. In der Ratsdebatte wurde ein grosses Misstrauen deutlich, insbesondere wenn die Daten in Clouds gespeichert werden: Hätten dann US-Behörden nicht einen leichten Zugang zu Daten, die vom US-Anbieter «Epic» gespeichert werden?

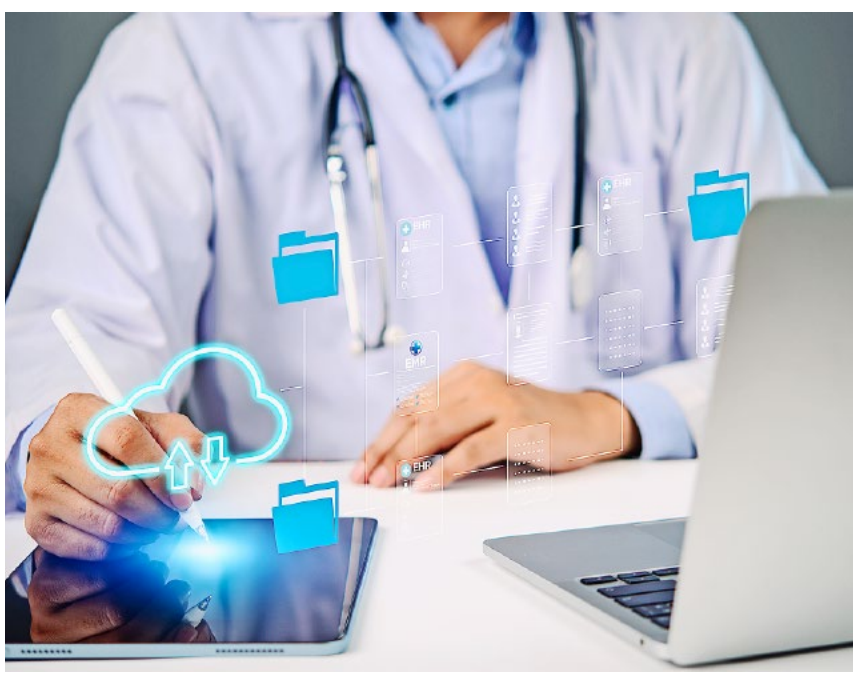
Auch die Frage von Abhängigkeiten von einer US-Firma stellt sich dann, zumal solche Verträge dem US-Recht unterliegen. Da sei «Epic» nicht nur für Verträge bekannt, die mit 1000 Seiten nur noch schwer durchschaubar sind; auch ist zur Sprache gebracht worden, dass sich die amerikanische Firma nicht gerade durch Kundenfreundlichkeit auszeichnen soll, sondern auch für hohe Konventionalstrafen bekannt sei.

Misstrauen auf der Basis von Erfahrungen

Damit ergibt sich ein sehr unerfreuliches Fazit: Das Misstrauen gegenüber einer US-Firma ist ausserordentlich gross, denn bei der F-35-Beschaffung steht dieses Misstrauen ebenso im Raum. Könnte im Prinzip nicht etwas Ähnliches auch bei einem Spitalinformationssystem drohen, selbst wenn hier nicht die gleichen Regeln wie bei einer Rüstungsbeschaffung herrschen? Auch der Verdacht, dass man wie bei der Flugzeugbeschaffung in Abhängigkeiten geraten könnte – was, wenn die USA dann plötzlich zur Druckausübung damit drohen, den Stecker zu ziehen? – ist kaum auszuräumen. Wo wäre ausserdem die Absicherung, dass Daten nicht abgesaugt oder gar manipuliert würden?

> *«Mit ‹Epic› würde die Abhängigkeit von den USA weiter zunehmen.»*

Viele werden sich auch fragen, ob man die Pressionen der amtierenden Administration samt den Zöllen mit dem Kauf eines teuren Systems aus den USA honorieren soll, auch wenn solche Entscheidungen in langfristigen Perspektiven und nicht aus einer kurzfristigen Verstimmung heraus gefällt werden müssen. Doch über das derzeit fehlende Vertrauen kommt keine Ausschreibung hinweg: Die USA haben seit dem Amtsantritt von Donald Trump vieles gemacht, das Misstrauen bewirkt.



Kosten, Datenschutz und Abhängigkeit – das Klinik-Informations-System «Epic» weckt Misstrauen im Kantonsrat. Bild: Adobe Stock

KOMMENTAR ZUR RATSSITZUNG

Die Linke wollte belasten – Wir sichern den Menschen ihr Zuhause

Marc Bochsler
Kantonsrat SVP
Wettswil am Albis

Am Montag konnten wir im Zürcher Kantonsrat die linke Neidkultur bodigen. Mit der neuen gesetzlichen Grundlage für den Härtefalleinschlag beim Eigenmietwert hat der Regierungsrat unter der Führung von SVP-Finanzdirektor Ernst Stocker rasch und pragmatisch gehandelt. Damit wird eine Lücke geschlossen, die das Verwaltungsgericht 2023 aufgezeigt hat – und die für viele Rentnerinnen, Rentner und Kleinverdienende zu einer untragbaren Steuerlast geführt hätte. Insbesondere mit Blick auf die Anpassungen der Vermögenswerte und Eigenmietwerte ab dem Steuerjahr 2026 war diese neue Grundlage zwingend notwendig geworden.

Dass es überhaupt so weit kam, ist vor allem der linken Neidkultur geschuldet. Anstatt einzusehen, dass die Härtefallregelung in Zürich über 20 Jahre lang gezielt Menschen mit bescheidenen Mitteln geholfen hat, haben linke Kräfte diese bewährte Praxis vor Gericht zu Fall gebracht. Die Folgen mussten unsere Bürgerinnen und Bürger ausbaden – nicht etwa Millionäre, sondern Menschen, die ihr Leben lang gespart und in die eigenen vier Wände investiert haben.

Dank unserer Parlamentarischen Initiative (PI) (101/2024), die noch in diesem Jahr im Kantonsrat behandelt und überwiesen wird, hat die SVP des Kantons Zürich den entscheidenden Druck aufgebaut, damit die gesetzliche Grundlage nun rasch geschaffen werden konnte. Ohne diesen Vorstoss wäre die Regierung kaum so schnell aktiv geworden. Mit der PI wurde klar aufgezeigt, dass eine Härtefallregelung kein Privileg, sondern eine zwingende Notwendigkeit ist. Sie schützt Bürgerinnen und Bürger mit kleinem Einkommen vor staatlicher Willkür und bewahrt Rentner, Alleinerziehende und Familien davor, ihr Zuhause wegen einer ungerechten Steuerpraxis aufgeben zu müssen.

Und auch national steht ein wichtiger Entscheid bevor: Am 28. September stimmen wir über die Abschaffung des Eigenmietwerts ab. Beim Eigenmietwert handelt es sich um ein fiktives Einkommen, das gar nie fliesst – ein alter Zopf, der endlich abgeschnitten werden muss. Diese ungerechte Steuer belastet Familien, Rentnerinnen und Rentner mit tiefem Einkommen und bestraft alle, die Wohneigentum besitzen oder erwerben wollen. Die Abschaffung des Eigenmietwerts schafft mehr Gerechtigkeit. Darum braucht es ein klares JA zur Vorlage auf Bundesebene.

Die Linke treibt Neidpolitik – wir sichern den Menschen ihr Zuhause.

Unser Vorstoss schützt Bürgerinnen und Bürger mit kleinem Einkommen vor staatlicher Willkür und bewahrt Rentner, Alleinerziehende und Familien vor dem Verlust ihres Zuhauses. Bild: Adobe Stock

WORTE DER PRÄSIDENTIN DER JUNGEN SVP KANTON ZÜRICH

Volles Schiff für unsere Heimat

Es gibt Momente, die zeigen, wie stark und lebendig unsere Jungpartei ist. Unser Mitgliederanlass am 17. September auf dem Zürisee war genau so ein Moment. Das Schiff war komplett ausgebucht. 50 junge Menschen sind gekommen, um gemeinsam einen unvergesslichen Abend zu verbringen. 50 junge Menschen, die mit Ihnen eine Gemeinsamkeit teilen: Wir alle stehen ein für die Schweiz, weil wir unsere Heimat lieben.

Schon beim Boarding am Bürkliplatz war die Stimmung besonders. Man spürte den Enthusiasmus, die Freude und auch den Stolz, Teil dieser Bewegung zu sein. Es war ein eindrückliches Erlebnis, so viele junge Gesichter an Board der MS Etzel zu sehen – Freunde, Mitstreiterinnen und Mitstreiter, die mit Herzblut für dieselben Werte einstehen.

Inspiration durch starke Redner

Ein Höhepunkt des Abends waren zweifellos unsere beiden Referenten: Alt Bundesrat Dr. Christoph Blocher und unser SVP-Kantonalpräsident, Kantonsrat Domenik Ledergerber. Beide zeigten eindrücklich auf, warum die SVP gebraucht wird – damals wie heute. Christoph Blocher erinnerte uns daran, dass die Schweiz nur frei bleibt, wenn wir bereit sind, Widerstand zu leisten und anpacken. Hier in der Schweiz bestimmt das Volk! Domenik Ledergerber machte klar, wie wichtig es ist, dass wir Jungen uns einbringen und Verantwortung übernehmen.

Doch genauso wichtig wie die Reden waren auch die Begegnungen untereinander. Bei Wurst und Getränken entstanden Gespräche, die zusammenschweissen. Wir diskutierten über Politik, über die Zukunft, aber auch einfach über das Leben. Genau diese Mischung macht die Junge SVP auch aus: Wir sind eine politische Bewegung – und zugleich eine Gemeinschaft, die sich anspornt und weiterbringt, im Politischen wie im Persönlichen.

Gemeinschaft und Verantwortung

Der Abend hat mir einmal mehr gezeigt: Wir sind «allzeit bereit»! Wir sind nicht still, wenn es um unsere Heimat geht. Wir sind diejenigen, die Verantwortung übernehmen – in einer Zeit, in der andere lieber wegschauen. Und wir sind stolz darauf, zu wissen, wofür wir kämpfen: Für Sicherheit. Für Freiheit. Für die Schweiz. Für eusi Lüüt.

Dieser Anlass war nicht nur ein Dankeschön an unsere Mitglieder, die sich für unsere Werte einsetzen und tagtäglich Haltung zeigen – er war auch ein Versprechen: Wir bleiben laut, klar und unbeirrbar. Wir wissen, was auf dem Spiel steht. Und wir wissen, warum wir kämpfen: Weil wir unsere Heimat lieben.

von Naemi Dimmeler

AKTUELLE MEDIENMITTEILUNGEN

Krankenkassen-Prämienexplosion:
Schluss mit der Hintertür-Finanzierung des Asylwesens!

Therese Schläpfer rückt in den Nationalrat nach

ZUM SPRACHENSTREIT

Frühfranzösisch: Rechtliches und Persönliches

Der Zürcher Kantonsrat hat das Frühfranzösisch versenkt. Dem erwächst erheblicher Widerstand. SP-Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider droht unter anderem dem Kanton Zürich heftig.

Karl Spühler
Alt Bundesrichter SVP
Winterthur

Bewusst wird übergangen, dass lediglich das Frühfranzösisch auf der Primarschulstufe abgeschafft werden soll, nicht aber das Französisch schlechthin. Es wird nämlich auch in Zürich und in der Ostschweiz anerkannt, dass das Französisch für den Zusammenhalt unseres Landes von sehr erheblicher Bedeutung ist. SVP-Kantonsrätin Ursula Junker hat im Parlament und auch in dieser Zeitung die Gründe für die Abschaffung des Frühfranzösisch auf der Stufe der Primarschule hervorragend dargestellt. Deshalb erübrigen sich hier Wiederholungen.

Das Schulwesen ist Kantonssache

Art. 62 der Schweizerischen Bundesverfassung besagt klar und deutlich: «Für das Schulwesen sind die Kantone zuständig.» Dies wird im Sprachengesetz des Bundes vom 5. Oktober 2007 näher ausgeführt. Dort wird wörtlich bestimmt, «dass die Schülerinnen und Schüler am Ende der obligatorischen Schulzeit über Kompetenzen in mindestens einer zweiten Landessprache… verfügen müssen». Es ist von entscheidender Bedeutung, dass nirgendwo über den Umfang und das Ausmass der «Kompetenzen» im Gesetz etwas gesagt wird. Auch wird nicht etwas darüber gesagt, dass diese Kompetenzen – teilweise – schon in der Primarschule erworben werden müssen. Es sei Frau Bundesrätin Baume-Schneider empfohlen, zuerst einmal Bundesverfassung und Sprachengesetz zu konsultieren. Denn auch die Mitglieder des Bundesrates haben sich an Verfassung und Gesetz zu halten.

Bedenken sollte man auf Bundesebene sodann, dass die Deutschschweizer Kinder in der Regel Mundart sprechen und in der Primarschule zuerst Schriftdeutsch lernen müssen. Wenn sie neben Englisch in der Primarschule auch noch Französisch lernen müssen, sind die meisten Kinder überfordert.

Erfahrungen im persönlichen Bereich

So sah ich es bei meinen Enkeln, die jetzt das Gymi besuchen. Das Frühfranzösisch in der Primarschule «löschte» ihnen ab. Noch heute haben sie Abneigungen gegen die französische Sprache. Das Frühfranzösisch bewirkte bei ihnen das Gegenteil.

Dafür habe ich erheblich Verständnis. Mir wäre es in der Primarschule gleich gegangen. Ich war vierzehn Jahre alt, als ich in der zweiten Gymiklasse – nach dem Latein am Anfang des Langzeitgymis – die erste Stunde Französisch hatte. Ich war voll motiviert. Die französiche Sprache wurde zu meiner Lieblings-Fremdsprache. Als Maturathema verfasste ich eine 1.-August-Rede in französischer Sprache (allocution pour le premier août). Und auf Gesuch hin absolvierte ich die RS und die Beförderungsdienste mit welschen Truppen in Morges und Genf.

Meine persönliche Lehre: Verunglimpfen wir die wunderbare französiche Sprache nicht mit dem Primarschul-Frühfranzösisch. Auch im Interesse des Zusammenhaltes unseres Landes.

SVP-BUNDESRAT KÄMPFT FÜR FREIHANDEL

Die stillen Erfolge des Guy Parmelin

Die EFTA-Staaten (Schweiz, Island, Liechtenstein und Norwegen) und die Mercosur-Staaten (u.a. Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay) haben die Verhandlungen für ein Freihandelsabkommen abgeschlossen. Das Parlament wird 2026 darüber entscheiden. Zur Unterzeichnung des Abkommens reiste Guy Parmelin, Vorsteher des Departements für Wirtschaft, Bildung und Forschung, nach Brasilien.

Reinhard Wegelin
Alt Parteisekretär SVP
Pfäffikon

Das Abkommen hat eine grosse wirtschaftliche Bedeutung für die Schweiz. Die Schweiz verfügt nur über einen begrenzten Binnenmarkt. Um Wachstum und somit Wohlstand garantieren zu können, ist Zugang zu anderen Märkten für unsere Unternehmen und damit für Schweizer Arbeitsplätze sehr wichtig.

Für Wachstum und Wohlstand

Mercosur ist mit seinen 270 Millionen Einwohnern bereits ein wichtiger Zielmarkt mit grossem Wachstumspotenzial für die Schweizer Exportwirtschaft. 2024 betrugen Schweizer Warenexporte in die Mercosur-Staaten nach Zahlen des Staatssekretariats für Wirtschaft (SECO) mehr als vier Milliarden Franken: Importiert wurden Waren im Wert von 762 Millionen Franken (jeweils ohne Gold).

Beachtliche Zolleinsparungen

Das Abkommen hat einen umfassenden sektoriellen Geltungsbereich. Nach Ablauf der Übergangsfristen werden mit dem Abkommen rund 96 Prozent der Schweizer Ausfuhren in die Mercosur-Staaten vollständig zollbefreit. Angesichts der hohen Zölle der Mercosur-Staaten könnte ein Freihandelsabkommen beachtliche Zolleinsparungen von mehr als 155 Millionen Franken pro Jahr ermöglichen. Es würde vor allem auch den Marktzugang für schweizerische Dienstleistungserbringer verbessern. Im Interesse der Wirtschaft ist zu hoffen, dass es kein fakultatives Referendum geben wird.

Für Landwirtschaft verkraftbar?

Im Gegenzug gewährt die Schweiz Mercosur für sensible Produkte im Agrarbereich insgesamt 25 bilaterale Kontingente. Die meisten Kontingente sind klein oder der Umfang der Konzessionen entspricht den momentanen Importen. Sie sind daher für die Schweizer Landwirtschaft verkraftbar. Die Bundesverwaltung war diesbezüglich in regelmässigem Kontakt mit Vertretern der Schweizer Landwirtschaft. Die «NZZ» kommentiert: «Eine Welt mit Freihandelsabkommen ist wesentlich besser als eine ohne.»

FIT-Partnerschaft

Neben diesem bedeutenden Meilenstein der schweizerischen Handelspolitik gibt es aber im Departement Parmelin noch andere wichtige Aufgaben. Ausserhalb der EU hat die Schweiz mit 13 weiteren Ländern eine sogenannte «FIT-Partnership» (Future for Investment and Trade) gegründet. Neben den Vereinigten Arabischen Emiraten und Neuseeland sind auch Staaten wie Brunei oder Ruanda dabei. Die Teilnehmer der FIT-Partnerschaft seien alles kleine und mittelgrosse Volkswirtschaften mit einem Interesse an einem offenen und regelbasierten Handel, war aus dem SECO zu hören.

Aufschwung für die SVP

SVP-Wirtschaftsminister Guy Parmelin lässt sich nicht beirren. Trotz der Zollprobleme mit den USA und dem EU-Unterwerfungsvertrag erfüllt er seine Aufgaben, nämlich den Marktzugang für die Schweiz weltweit zu verbreitern. Auch für die SVP ist der Weinbauer Parmelin nicht mehr wegzudenken. Der 2015 in den Bundesrat gewählte Waadtländer war bei den letzten Wahlen hauptverantwortlich für den SVP-Aufschwung in der Westschweiz.

SVP-Bundesrat Guy Parmelin arbeitet in seinem Departement aktiv für den Freihandel. Bild: SVP Schweiz

In der Nacht vom Donnerstag, 18. September, zum Freitag, 19. September 2025, ist mein langjähriger Freund, Politikweggefährte, Büropartner und Mentor Alfred Heer überraschend verstorben. Sein plötzlicher Tod trifft mich sehr. Über dreissig spannende und schöne Jahre in Freundschaft, Politik und Geschäftlichem haben uns verbunden. Wir sind am gleichen Ort im Kreis 4 aufgewachsen, unser Weg war ähnlich.

Seinen Angehörigen und Freunden spreche ich mein tiefstes Beileid aus. Ich danke allen, welche in den vergangenen Tagen kondoliert haben. Die Anteilnahme in diesen schweren Stunden ist immens. Alfred Heer war ein grossartiger Mensch.

Lieber Fredi, ruhe in Frieden. Meine Gedanken sind bei Dir. Unsere Wege kreuzen sich wieder.

Mit all meiner Freundschaft… Mauro

SVP-SCHIESSEN: SEIEN SIE DABEI!

Ein erfolgreicher Auftakt zum 42. Kantonalen SVP-Schiessen in Uster

Am vergangenen Wochenende fand das Vorschiessen zum 42. Kantonalen SVP-Schiessen in der 300-Meter-Schiessanlage Mühleholz in Uster statt. Mit über 100 Schützinnen und Schützen am ersten Tag wurden wir positiv überrascht.

Nach dem Schiessen verweilten die meisten noch in der Festwirtschaft bei einem Glas Wein oder einem kühlen Bier, tauschten sich aus und läuteten das Wochenende ein – bei strahlendem Wetter vermutlich noch etwas länger als geplant.

Als Mitorganisator blicke ich mit grosser Zufriedenheit auf diesen ersten Tag zurück. Wir konnten wichtige Erfahrungen sammeln und werden für das kommende Wochenende bestens vorbereitet sein.

Ein traditionsreicher Anlass mit grosser Bedeutung

Seit 1983 findet das kantonale SVP-Schiessen jedes Jahr statt – damals mit etwas mehr als 300 Teilnehmenden in Zürich. In den Spitzenzeiten, den 1990er-Jahren, nahmen regelmässig über 1000 Schützinnen und Schützen teil, 2002 in Uster waren es knapp 1000. Seither hat sich die Teilnehmerzahl leider halbiert. Dieser Abwärtstrend ist beängstigend.

Natürlich kann ich nicht für die Schützenvereine sprechen, ob dies ein allgemeiner Trend des Schiesssports ist. Doch als Mitorganisator empfinde ich diese Entwicklung als bedenklich. Denn das SVP-Schiessen ist weit mehr als ein sportlicher Wettkampf: Es ist ein lebendiges Zeichen unserer Traditionen, ein Ort der Begegnung, der Pflege von Kameradschaft und der Stärkung unserer Werte: Verantwortung, Heimatverbundenheit und Einsatz für die Gemeinschaft.

Das SVP-Schiessen ist weit mehr als ein sportlicher Wettkampf: Es ist ein lebendiges Zeichen unserer Traditionen. Bild: Daniel Schnyder

Zusammenarbeit, die verbindet

Nach der Zusage, das diesjährige SVP-Schiessen in Uster durchzuführen, haben wir frühzeitig den Austausch mit verschiedenen Akteuren gesucht. Das Ergebnis war eine beeindruckende Zusammenarbeit: Partei und Schützenverein zogen an einem Strang, jeder brachte seine Stärken ein – ob organisatorisch, finanziell oder personell. So entstand eine echte Partnerschaft, die weit über den Anlass hinaus wirkt.

Ein Weckruf

Wenn wir feststellen, dass die Teilnehmerzahlen rückläufig sind, darf uns das nicht gleichgültig lassen. Im Gegenteil: Es ist ein Weckruf. Wir alle – Politik, Schützenvereine und Bevölkerung – sind gefordert, diesen Anlass zu unterstützen, damit er seine wichtige Rolle auch in Zukunft erfüllen kann.

Darum mein Aufruf: Kommen Sie am kommenden Wochenende nach Uster – ob als aktive Schützin, als Schütze oder als Gast in der Festwirtschaft. Jeder Beitrag zählt. Gemeinsam setzen wir ein Zeichen für Tradition, Freiheit und Zusammenhalt.

Für eusi Lüüt. Für unsere Werte. Für eine starke SVP.

Daniel Schnyder,
Mitorganisator, Gemeinderat
und Präsident SVP Uster,
Uster

JUBILÄUMSFEIER MIT ZÜRCHER REGIERUNGSRÄTIN

900 Jahre Ohringen – Natalie Rickli feierte mit

Die Gemeinde Seuzach feierte vom 17. bis 21. September 2025 das 900-Jahr-Jubiläum ihres Ortsteils Ohringen. Mit dabei war auch Regierungsrätin Natalie Rickli, die mit Ohringen ganz persönliche Erinnerungen verbindet.

Bei spätsommerlicher Hitze eröffnete der Seuzacher SVP-Gemeinderat Marcel Fritz als kaiserlicher Gesandter in historischem Kostüm den Festakt mit einer Urkundenlesung. Danach trat SVP-Regierungsrätin Natalie Rickli ans Mikrofon – und brachte die Festgemeinde mehrfach zum Lachen. Sie erinnerte daran, dass sie ihre ersten Lebensjahre in Ohringen verbrachte: Ihr Vater arbeitete in der örtlichen Autogarage, ihre Mutter im Restaurant Wiesental. «Alle halten mich für eine Städterin aus Winterthur, doch ich bin eigentlich ein Landei aus Ohringen», sagte Rickli.

Natalie Rickli mit den Gemeinderäten von Seuzach: Egon Watzlaw, Marc Manz, Manfred Leu, Laura Wissmann, Marcel Fritz und Marcel Knecht (v.l.n.r.). Bild: zVg

Die Rede der Zürcher Gesundheitsdirektorin verband persönliche Erinnerungen mit Ereignissen aus der Dorfchronik und der Gegenwart. So erinnerte sie auch an Jakob Stucki. Der SVP-Politiker war ein Ohringer Original und ein grosser Staatsmann, der den Kanton Zürich als Kantons-, Regierungs- und Ständerat geprägt hatte.

Beste Stimmung und Besucheransturm

Neben den offiziellen Ansprachen sorgten die Musikgesellschaft Seuzach, Marktstände und ein buntes Rahmenprogramm für Stimmung. OK-Präsident Urs Biedermann zeigte sich erfreut über die grosse Unterstützung: Fast 300 Helferinnen und Helfer hätten das Jubiläum möglich gemacht. Das Fest sei so gut besucht gewesen, dass zeitweise der Wein ausverkauft war.

Natalie Rickli fühlte sich in Ohringen sichtlich wohl. Sie schloss ihre Ansprache entsprechend mit einem Augenzwinkern: «Auf ein weiteres Fest in 900 Jahren. Ich werde wieder dabei sein.»

MEHRHEIT AUS DEM LABOR

Groteske Europa-Umfrage

Christoph Blocher
Alt Bundesrat SVP
Herrliberg

Kürzlich verkündete ein Verband, «Interpharma» genannt, in einer Medienmitteilung: «Neue Europabefragung 2025: Stimmabsicht zu Bilateralen III zeigt satte Mehrheit für ein Ja.» Würde heute abgestimmt – so «Interpharma» – würde eine Mehrheit von über 60 Prozent die «Stabilisierung der bestehenden Verträge» unterstützen.

Ich ging der Sache nach. «Interpharma» vertritt 23 Firmen, wobei nur gerade Novartis und Roche schweizerisch sind.

Die Pharmaindustrie in Europa ist stark mit den jeweiligen Staaten verbandelt. Auch kann man von den Managern der 21 ausländischen Pharma-Firmen schwerlich Verständnis für die hiesigen Volksrechte erwarten.

Wie aber kam diese «repräsentative» Umfrage zustande? Der Verband beauftragte dazu das Meinungsforschungsinstitut gfs.bern. Dieses befragte 1030 Stimmberechtigte. Das sind präzis 0,018 Prozent der Stimmberechtigten. Dass das «repräsentativ» sein soll, glauben wohl nicht einmal Meinungsforscher selber. Auch gebrauchen gfs.bern und «Interpharma» ständig das Gaunerwort «Bilaterale III». Wie wenn es bei der EU-Anbindung um bilaterale Verträge ginge. Es handelt sich um einen Kolonialvertrag, mit dem die Rechtsetzung und die Gerichtsbarkeit der EU auch für die Schweiz gilt.

Am interessantesten aber ist die Frage der Meinungsforscher an die Befragten: «Ganz generell: Sehen Sie in den bilateralen Verträgen zwischen der Schweiz und der EU alles in allem mehr Vorteile oder mehr Nachteile?»

Hier hätte auch ich mehr Vorteile gesehen. Und nach der Logik von «Interpharma» und gfs.bern-Forschern würde ich zu den Unterstützern des EU-Unterwerfungsvertrags gehören, den ich entschieden ablehne. Ist das eigentlich eine wissenschaftliche Methode? Hoffen wir, dass sich solche Fake News nicht auch in den Beipackzetteln zu den Medikamenten der Pharmaindustrie befinden.

ABSTIMMUNG VOM 28. SEPTEMBER 2025

JA zur Abschaffung des Eigenmietwerts!

Mit dem Eigenmietwert besteuert der Staat heute ein fiktives Einkommen. Das ist nicht korrekt.

Wenn ein Ehepaar arbeitet und dabei ein Einkommen generiert, muss dieses Einkommen versteuert werden. Auf jenem Teil des Einkommens, der nicht für laufende Ausgaben wie Strom, Nahrungsmittel oder Mobilität ausgegeben wird, muss Ende Jahr ein zweites Mal die Vermögenssteuer abgeliefert werden. Wenn ein Ehepaar über die Zeit – trotz Einkommens- und Vermögenssteuern – genügend Geld angespart hat, um für sich und seine Kinder eine Eigentumswohnung zu kaufen, ist es nicht korrekt, dass diese Familie während der nächsten Jahre erneut zur Kasse gebeten wird, indem sie auf ein fiktives Einkommen Steuern an den Staat abliefern muss.

Vor allem hat sie das Geld, mit dem sie die Eigentumswohnung gekauft hat, bereits zweimal versteuert – einmal als Einkommen und ein zweites Mal als Vermögen. Dass diese Familie nun ein drittes Mal vom Staat zur Kasse gebeten wird, bestraft den hart arbeitenden Mittelstand.

Selbstverantwortung statt Verschuldung fördern

Es gibt aber noch weitere Gründe, die für die Abschaffung des Eigenmietwerts sprechen: Heute ist es finanziell interessant, sich zu verschulden. Als Gesellschaft sollten die Anreize aber so gesetzt werden, dass stattdessen die Selbstverantwortung gestärkt wird. Schulden sollen nicht länger steuerlich bevorzugt werden und das Abzahlen soll sich wieder lohnen. Genau dies passiert mit der Abschaffung des Eigenmietwerts.

Gerechtigkeit für den Mittelstand

Zudem hat das Parlament eine ausgewogene Reform ausgearbeitet: Der Eigenmietwert wird abgeschafft, im Gegenzug entfallen aber auch die Abzüge für die Hypozinsen und den Unterhalt. Dabei ist wichtig zu beachten, dass die Hypozinsen für fremdvermietetes Eigentum weiterhin vollständig abgezogen werden können. Ebenso sind Abzüge auf kantonaler Ebene für energetische Sanierungen weiterhin zulässig. Schliesslich ist zu betonen, dass die Eigenmietwertsteuern vor allem auch in der Romandie künftig massiv steigen. Davon betroffen sind insbesondere Familien mit tiefen Einkommen.

Aus den angeführten Gründen ist es wichtig und dringlich, am 28. September JA zur Abschaffung des Eigenmietwerts zu stimmen. Dies schafft Gerechtigkeit und stoppt die Benachteiligung des hart arbeitenden Mittelstands.

Thomas Aeschi,
Nationalrat und
Fraktionspräsident,
Baar ZG

SVP ZOLLIKON

Nominierungen für die Gemeindewahlen vom 8. März 2026

Die Mitgliederversammlung der SVP Zollikon hat am 18. September 2025 beschlossen, dem Zolliker Souverän folgende Kandidaten zur Wahl vorzuschlagen.

Gemeindepräsidium:
Dr. Adrienne Suvada (1985, ledig, Kommunikationswissenschaften/Mlaw, Gemeindeschreiberin/Abt. Leiterin Präsidiales, Sicherheit und Verkehr Erlenbach ZH)

Schulbehörde:
Andrea Linter (1990, verheiratet, dipl. Hôtelière und Restauratrice/Konditorin-Confiseurin, Assistentin CEO Ems Chemie AG)

Baubehörde:
Sibylle Lehner (1989, verheiratet, 2 Kinder, MLaw/Rechtsanwältin, Partnerin in Zürcher Anwaltskanzlei)

Sozialbehörde:
Christian Freihofer (1985, verheiratet, 1 Kind, Master in Accounting and Finance HSG, Unternehmer, Vermögensverwalter, Chief Investment Officer)

RGPK:
Christopher Linter (1991, verheiratet, M.A. HSG in Unternehmensführung, selbstständig)

Die SVP Zollikon will mit diesen vertrauenswürdigen Kandidaten messbar Exekutivverantwortung übernehmen.

Geniessen Sie mit uns eine Schifffahrt auf dem Zürichsee!

SCHWEIZER QUALITÄT SVP Die Partei des Mittelstandes

Wann: Mittwoch, 22. Oktober 2025, 14-17 Uhr
Was: Informationen zu den Abstimmungen vom 30.11.25
mit Nationalrat Mauro Tuena: Mobilitätsinitiative und Sicherheitspolitik
und Nationalrat Bruno Walliser: Volksinitiative Service Citoyen und Sicherheitspolitik
Verpflegung: Kaffee und Kuchen
Boarding: 13:45 Uhr
Wo: Zürich Bürkliplatz, MS Etzel, Bootssteg 6
Anmeldung: sekretariat@svp-zuerich.ch oder Tel. 044 217 77 66
Alles offeriert!
Die Platzzahl ist beschränkt! Melden Sie sich noch heute an! Auch Nicht-SVP-Mitglieder sind willkommen!
SVP Kanton Zürich

ZÜRCHER HANDELSKAMMER

WOHNEN IM KANTON ZÜRICH

WAS WÄREN DIE FOLGEN DER VORKAUFSRECHTS-INITIATIVE?

Podiumsdiskussion
Montag, 29. Sept. 2025
unter anderem mit Domenik Ledergerber, Präsident SVP Kanton Zürich
19.00 Uhr, Pädagogische Hochschule, Zürich
JETZT ANMELDEN!
STIMME DER WIRTSCHAFT ZÜRICH SCHAFFHAUSEN ZUG

Fadegrad

von
Marion Matter

Fehlende Argumente, fliegende Fäuste

Immer wieder sehen sich Ortssektionen der SVP mit Vandalismus und Pöbeleien konfrontiert. Wir erinnern uns an mehrere Fälle in jüngster Vergangenheit. Im vergangenen Mai wurde eine SVP-Standaktion in Zürich-Wipkingen mit Himbeersirup attackiert. Einige fanden die Sirup-Idee wohl so originell, dass sie ein paar Wochen später anlässlich des Eröffnungsfests des Kochareal-Parks den Stand und den anwesenden SVP-Kantonsrat Lorenz Habicher mit einer ebensolchen Dusche beglückten. Es kam zwar niemand zu schaden, dies wohl dank des massiven Polizeiaufgebots, aber auch am Sonderparteitag in Winterthur Mitte August wurde die Veranstaltung durch eine grössere Gruppe aus dem linksextremen Lager mit Trillerpfeifen und Sirenengeheul gestört. An der Schwamendinger Chilbi Anfang September zerstörten Vandalen das Festzelt, beschmierten die Planen mit Hassbotschaften und liessen Inventar mitgehen. Ist das die neue Diskussionskultur?

Dafür verantwortlich ist auch, dass Begriffe wie «Nazi», «Rassist» oder «Faschist» beinahe schon inflationär verwendet werden und ihnen damit der Schrecken genommen wird. Wo sich früher bei solchen Bezeichnungen Empörung breit machte, zucken heutzutage manche nur noch mit den Schultern. Man gewöhnt sich halt daran. Die sozialen Medien und das Abdriften in die Anonymität einer virtuellen Welt machen es zudem einfach, andere zu beschimpfen oder Aussagen aus dem Kontext zu reissen und zu verdrehen. Schliesslich muss man sich dabei nicht einmal in die Augen schauen und kann sich sogar hinter einer falschen Identität verstecken.

Ein Blick in die USA und damit auf das tödliche Attentat auf den konservativen, gläubigen Aktivisten Charlie Kirk zeigt auf erschreckende Art, wohin diese Entwicklung führen kann. Man mag von seinen Positionen halten, was man will, aber Kirk scheute den politischen Diskurs keineswegs, sondern suchte aktiv die Debatte mit Andersdenkenden. Es ist in höchstem Masse verstörend, dass sich gewisse Kreise nun über die Ermordung eines Menschen freuen und diese abscheuliche, feige Tat legitimieren. Er sei ein «Extremist» gewesen und habe es nicht anders verdient. Sogar das Schweizer Fernsehen SRF brachte es fertig, dem «rechtskonservativen Aktivisten und Populisten» die Schuld an seiner eigenen Ermordung in die Schuhe zu schieben. Er war Sohn, Ehemann und Vater von zwei kleinen Kindern.

Die Hemmschwelle, von Gewalt Gebrauch zu machen, sinkt auch hierzulande spürbar. Demokratie steht und fällt damit, sich mit anderen Meinungen auseinanderzusetzen, verbal die Klingen zu kreuzen und zu versuchen, sein Gegenüber mit Argumenten zu überzeugen: «Denn wenn Menschen aufhören, miteinander zu reden, kommt es zu Gewalt» (Charlie Kirk).

AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

Ideologische Verhärtung als Hindernis für politische Zusammenarbeit

Demokratie lebt vom Wettbewerb der Ideen, von unterschiedlichen Sichtweisen und dem offenen Austausch. Doch dieser Grundsatz setzt voraus, dass politische Kräfte bereit sind, über ihre Überzeugungen hinaus Brücken zu schlagen. In der aktuellen politischen Diskussion wird jedoch sichtbar, dass gerade linke Strömungen zunehmend von ideologischen Verhärtungen geprägt sind.

Michele Romagnolo
Gemeinderat SVP
Zürich

Die Fixierung auf theoretische Leitbilder und starre Prinzipien erschwert nicht nur den sachlichen Dialog, sondern blockiert auch dringend notwendige Entscheidungen. Anstatt pragmatische Lösungen zu finden, geraten ideologische Abgrenzungen in den Vordergrund. Damit entsteht eine Atmosphäre, in der Zusammenarbeit nicht gestärkt, sondern geschwächt wird.

Demokratie braucht Kompromissbereitschaft

Es ist unstrittig, dass jede politische Richtung ihre Werte und Überzeugungen hat. Doch der Wert einer Demokratie bemisst sich nicht allein an der Standhaftigkeit von Überzeugungen, sondern auch an der Bereitschaft, über Differenzen hinweg zu handeln. Wenn die politische Linke ihre eigene Rolle ernst nehmen will, darf sie sich nicht auf die Verteidigung ideologischer Grenzen beschränken, sondern muss sich stärker der Realität stellen. Nur eine Politik, die offen für Kompromisse und orientiert am Gemeinwohl ist, kann nachhaltig Vertrauen gewinnen.

Es liegt daher im Interesse aller politischen Kräfte, den Dialog nicht an ideologischen Linien enden zu lassen. Was die Gesellschaft braucht, sind nicht dogmatische Fronten, sondern tragfähige Lösungen. Eine verantwortungsvolle Politik erkennt an, dass Fortschritt nur dann möglich ist, wenn Prinzipien nicht zum Selbstzweck werden, sondern im Dienst der Menschen stehen.

Verantwortung statt Weltanschauung

Es ist notwendig, dass auch die politische Linke erkennt, dass Demokratie nicht vom Beharren auf Weltanschauungen lebt, sondern von Kompromissfähigkeit und Verantwortung. Wer Politik gestalten will, muss bereit sein, eigene Standpunkte kritisch zu hinterfragen und gemeinsam mit anderen tragfähige Wege zu entwickeln.

Nur wenn ideologische Verhärtungen überwunden werden, kann Politik den Raum zurückgewinnen, den sie braucht: den Raum des sachorientierten Austausches im Dienste des Gemeinwohls.

Politische Zusammenarbeit bedeutet, Brücken zu schlagen statt Mauern zu errichten. Bild: Pexels

ARTIKELSERIE «GRÜNE TRÄUME»

Sinnvolle Energiepolitik

Ein sinnvoller Umgang mit allen Energieformen ist essenziell. Nicht jede Energiequelle ist für jeden Energieverbraucher geeignet. Daher ist es wichtig, für jeden Anwendungsfall die optimale Energieform auszuwählen. Die im Kanton Zürich geplante Änderung des Energiegesetzes widerspricht diesen Grundlagen, indem es einseitig auf «erneuerbare» Energiequellen setzt, das Mitbestimmungsrecht der Gemeinden einschränkt und die Wirtschaft durch neue Gesetze stark belastet.

Johann Widmer
Gemeinderat SVP
Zürich

Das Energiegesetz, über das wir am 28. September 2025 abstimmen dürfen, präsentiert sich mit harmlos wirkenden Gesetzesartikeln. Unter der Präambel «Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel» wird jedoch der Klima-Wahn der Grünen deutlich. Der Kern der Vorlage sieht vor, dass die Treibhausgasneutralität im Kanton Zürich bis 2040, spätestens aber bis 2050, erreicht werden soll.

Unrealistische Ziele und Folgen

Die Artikelserie zu den grünen Träumen hat es deutlich gemacht: Die Ziele solcher Gesetze sind unrealistisch und äusserst schädlich. Zudem hebeln sie das Mitbestimmungsrecht der Bürger und Gemeinden aus, indem der Regierungsrat mit Verordnungen alles entscheiden kann.

Der gigantische Strombedarf

Die Grünen planen, die zusätzlich benötigten 217 879 Terajoule pro Jahr (60 Gigawattstunden pro Jahr) an elektrischer Energie, die zur vollständigen Ersetzung fossiler Brennstoffe und alter Kernkraftwerke erforderlich wären, durch Solar- und andere erneuerbare Energiequellen zu erzeugen. Ein Ausbau der Solarenergie mit der gegenwärtigen Geschwindigkeit würde jedoch etwa 200 Jahre in Anspruch nehmen. Selbst bei einer massiven Beschleunigung des Ausbaus wäre das Vorhaben innerhalb der nächsten 20 Jahre nicht realisierbar.

Hinzu kommt die Frage der Verfügbarkeit von Solarkomponenten. Sollten Europa und die USA ihre selbstgesteckten Ziele umsetzen wollen, wäre die Produktionskapazität nicht ausreichend. Solche logistischen Herausforderungen wurden auf der Klimakonferenz in Paris offenbar nicht berücksichtigt. Auch die Windenergie trägt in der Schweiz kaum zur Erreichung dieser ambitionierten Klimaziele bei, da die Windgeschwindigkeit in der Schweiz nur halb so hoch ist wie in Norddeutschland und demnach nur ein Achtel der Energiemenge produziert werden kann.

Wie sieht eine vernünftige Energiepolitik aus?

Um in der Energieproduktion tatsächlich CO_2-Neutralität zu erreichen, stellt die Kernenergie kurzfristig aus heutiger Sicht die einzige realisierbare Option dar. Mittelfristig können Effizienzsteigerungen einen wichtigen Beitrag leisten. Eine Begrenzung der Zuwanderung ist wohl eines der wirksamsten Instrumente.

Um erhebliche Komforteinbussen im Alltag, eine Gefährdung der Industrie und drohende Stromausfälle zu vermeiden, ist es ratsam, den derzeitigen Energiemix aus Kernkraftwerken, Wasserkraft, fossilen Brennstoffen, Solarenergie und anderen Energiequellen beizubehalten.

Jede Energieform verfügt über ein spezifisches, optimales Einsatzgebiet. Daher stellt ein Energiemix die geeignete Strategie dar. Erdöl und Erdgas eignen sich beispielsweise im Transportwesen und bei der industriellen Wärmeerzeugung (Prozesswärme) aufgrund ihrer hohen spezifischen Energiedichte. Elektrizität findet sinnvolle Anwendung im Transportwesen, für Wärmepumpen oder in der allgemeinen Wirtschaft. Energieformen mit geringerer Energiedichte wie Abwärme oder Umweltwärme (Anergie) können mithilfe von Wärmepumpen ebenfalls für die Wärmeerzeugung genutzt werden.

Energieeinsparungen sind, sofern sie ohne Komforteinbussen realisierbar sind, stets sinnvoll. Die kontinuierliche Weiterentwicklung technologischer Lösungen eröffnet neue Möglichkeiten für einen effizienteren Einsatz der vorhandenen Energie. Daher ist es weder notwendig noch sinnvoll, Energiesparmassnahmen durch Verbote und Umerziehung der Bevölkerung durchzusetzen.

Die produzierende Industrie benötigt den beschriebenen, sinnvollen Energiemix aus Gas, Erdöl, Strom und Wärmeenergie. Nur so kann sie effizient und effektiv mit der jeweils optimalen Energieform versorgt werden.

Für die Wirtschaft ist es essenziell, dass alle Energieformen frei verfügbar sind und sinnvoll eingesetzt werden können. Ein generelles Verbot fossiler Energieträger oder eine planwirtschaftliche Organisation der Energieversorgung führt, wie die Geschichte zeigt, unweigerlich zum Misserfolg.

Ein klares NEIN zum Energiegesetz

Die Schweiz ist mit dem aktuellen Energiemix gut positioniert. Eine verstärkte Elektrifizierung sowie die Reduktion der Abhängigkeit von importiertem Erdgas und Erdöl im Verkehrs- und Heizungssektor haben jedoch Auswirkungen auf den Energiemix.

Energiegesetze, die keinen Energiemix und eine hohe staatliche Regulierung der Wirtschaft vorsehen, sind abzulehnen. Stimmen Sie bitte gegen die Änderung des Energiegesetzes.

**Die Quellen und Belege für die hier gemachten Aussagen finden Sie im Buch «Grüne Träume», Johann Widmer, Hrsg., epubli.de.*

Ein stabiles Netz erfordert einen ausgewogenen Energiemix – nicht einseitige Vorgaben. Bild: Pixabay

MEDIENMITTEILUNG DER SVP DES KANTONS ZÜRICH

Therese Schläpfer rückt in den Nationalrat nach

Für den verstorbenen Alfred «Fredi» Heer rückt Therese Schläpfer in den Nationalrat nach. Sie gehörte bereits zwischen 2019 und 2023 dem Nationalrat an und verpasste bei den Wahlen im Herbst 2023 die Wiederwahl nur äusserst knapp.

«Die SVP des Kantons Zürich ist froh, mit Therese Schläpfer eine erfahrene Politikerin in den Nationalrat zu entsenden. Wir wünschen ihr viel Erfolg und Befriedigung im Amt», sagt Domenik Ledergerber, Kantonsrat und Präsident der SVP des Kantons Zürich.

Die SVP des Kantons Zürich wird an der nächsten Delegiertenversammlung vom 30. September 2025 die Verdienste des überraschend und viel zu früh verstorbenen Nationalrats Fredi Heer würdigen.

Wird erneut für die SVP in Bundesbern politisieren: Therese Schläpfer. Bild: zVg

SVP ZÜRICH KREIS 11

Puurezmorge zum Wahlauftakt

Am Sonntag, 21. September 2025, fand wiederum der traditionelle Puurezmorge der SVP Zürich Kreis 11 statt. Er war zugleich der Wahlauftakt zu den Stadtrats- und Gemeinderatswahlen vom März 2026 in Zürich.

Vor über 60 Personen konnte Gemeinderat und Kreisparteipräsident Stephan Iten den Anlass eröffnen. Mit einer Schweigeminute wurde an unseren Nationalrat Fredi Heer gedacht, der am letzten Freitag leider verstorben ist.

Was uns alle freute, war, dass Nationalrat Mauro Tuena trotzdem kam und noch etwas aus Bundesbern berichtete; auch wenn es für ihn persönlich sicher nicht ganz einfach war. Nach einer kurzen Pause wurde auch unser Kandidat für den Stadtrat und das Stadtpräsidium, Kantonsrat Ueli Bamert, durch die Co-Stadtparteipräsidentin und Kantonsrätin Susanne Brunner vorgestellt.

In seiner Rede ging Bamert auch auf die aktuellen Problemzonen der Stadt Zürich ein, unter anderem den Parkplatzabbau und die unsäglichen Tempo-30-Zonen. Die Gemeinderatskandidatinnen und -kandidaten wurden durch den WAG-Präsidenten und Gemeinderat Attila Kipfer vorgestellt. Das Ziel ist, die drei bisherigen Sitze zu verteidigen und einen zusätzlichen Sitz zu gewinnen. Die Stadt muss unbedingt wieder bürgerlicher werden, um die rot-grünen Ideologien endlich zu bremsen.

v.l.n.r.: KR Ueli Bamert, KR Susanne Brunner, NR Mauro Tuena sowie GR und Kreisparteipräsident Stephan Iten. Bild: SVP Zürich Kreis 11

Nach dem offiziellen Teil wurde munter weiter politisiert. An dieser Stelle allen Helferinnen und Helfer ein grosses Dankeschön für diesen gelungenen Anlass.

Peter Schick, Kantonsrat SVP

SVP BIRMENSDORF

Grillplausch mit Benjamin Fischer

Am vergangenen Samstag veranstaltete die Ortssektion Birmensdorf den alljährlichen Grillplausch.

Noch geschockt über den Verlust unseres Nationalrats und Parteifreunds Fredi Heer hielten wir ihm zu Ehren am Anfang eine Schweigeminute ab und zündeten eine Kerze an – als Zeichen, dass er trotzdem noch unter uns weilt. Im Namen der SVP Birmensdorf möchten wir hiermit auch den Hinterbliebenen unser tiefes Beileid aussprechen und wünschen viel Kraft und Hoffnung für die kommende Zeit.

Dieses Jahr beehrte uns Nationalrat Benjamin Fischer mit einem Kurzreferat zum Thema Migration. Der zahlreich besuchte Anlass zog auch Personen aus anderen politischen Parteien an, welche gespannt den Worten von Benjamin Fischer lauschten. Auch die Presse in Form des SRF liess es sich nicht nehmen, unserem Anlass beizuwohnen und wird in Form eines Audiobeitrags über den Anlass berichten. Im Anschluss an das Referat genossen wir eine herrliche Wurst vom Grill.

Ein grosser Dank geht hier an Rico Vontobel (Präsident SVP Bezirk Uster), welcher wie bereits in vergangenen Jahren unsere Sektion auf der kulinarischen Seite unterstützte und den Grill betrieb. Gemeinsam genossen wir den schönen Sommerabend in der Waldhütte und sprachen noch bis in die Abendstunden hinein über verschiedene Themen.

Ich danke allen, welche am Anlass mitgeholfen haben, diesen mitzuorganisieren, unserem Referenten Benjamin Fischer für die interessanten Worte und allen Besuchern. Besonders schön zu sehen war, dass dieses Jahr eine grosse Anzahl junger Personen teilnahm, was uns in unserer politischen Richtung bestärkt und motiviert, weiterzumachen.

Yannik Hälg, Präsident SVP Birmensdorf

Nationalrat Benjamin Fischer vermochte die Anwesenden mit einem packenden Kurzreferat in Atem zu halten. Bild: Yannik Hälg

SVP BEZIRK ANDELFINGEN

Wertvoller Austausch unter den Weinländer Behördenmitgliedern

Am Mittwochabend, 17. September 2025, hatte die SVP Bezirk Andelfingen zum traditionellen Behördenanlass eingeladen. Nebst einer Betriebsbesichtigung der SMTEC AG in Kleinandelfingen stand der Austausch unter den Behördenmitgliedern im Vordergrund.

RoMü. Jeweils im Herbst lädt die SVP Bezirk Andelfingen zu einem Behördenanlass ein, wo der Bezirksvorstand zusammen mit gewählten Mandatspersonen auf Stufe Gemeinde und Bezirk einen Austausch pflegt. In diesem Jahr fand das Treffen in den Räumlichkeiten der SMTEC AG in Kleinandelfingen statt.

In einer ersten Runde äusserten sich die verschiedenen Behördenmitglieder zu aktuellen Fragen und auch zu ihren Ämtern. «Es ist oftmals schwierig, auch gegen seine Berufsgruppe und persönliche Meinung etwas als Gemeinderat gegen aussen vertreten zu müssen», erklärte ein langjähriger Gemeinderat. Ein Schulpflegemitglied zeigte sich über den Kanton verärgert, weil er die Regeln und Vorgaben für das Budgetieren der Sonderschulung komplett geändert hat und dies zu einem gewaltigen Mehraufwand führte. Einige Behördenmitglieder wünschten sich zudem wieder mehr Gemeindeautonomie, weil man bei vielen Entscheiden viel näher am Bürger ist.

Im kommenden Jahr finden im März im Kanton Zürich und somit in den Weinländer Gemeinden die ordentlichen Behördenerneuerungswahlen statt. So müssen der Gemeinderat, die Rechnungsprüfungskommission sowie die Schul- und Kirchenpflegen inklusive Präsidenten gewählt werden. In diesen Tagen kommunizieren die letzten Gemeinden ihre Listen von Behördenmitgliedern, welche auf eine Wiederwahl verzichten oder wieder antreten wollen. Somit sind in den Gemeinden die Organisationen, Parteien und Gruppierungen gefordert, diese Wahlen nun im Schlussspurt aufzugleisen. Entsprechend sind es auch die SVP-Ortssektionen, welche nun gefordert sind, mögliche neue Kandidaturen zu suchen oder bisherige Mitglieder wieder vorzuschlagen.

Fristen geben den Fahrplan vor

Es sind die gesetzlich vorgegebenen Fristen, welche den entsprechenden Fahrplan vorgeben. Je nach Gemeinde und deren Gemeindeordnung wird mit gedruckten Wahlzetteln oder leeren Stimmzetteln mit einem Beiblatt mit den Namen der Vorgeschlagenen gewählt. Wer auf einen solchen Wahlzettel als bisheriges, aber auch als neues Mitglied will, muss seine Kandidatur innert einer vorgegebenen Frist von 40 Tagen mit 15 Unterschriften einreichen. Nach Ablauf dieser Frist werden die Vorschläge veröffentlicht und publiziert.

Es folgt eine zweite, nun noch siebentägige Frist, während der nochmals neue Kandidaturen eingereicht oder zurückgezogen werden. Dieser vorgängige Prozess muss um den Jahreswechsel abgeschlossen sein. Beispielsweise startet in Trüllikon die erste Frist mit der formellen Wahlanordnung am 6. Oktober und endet 40 Tage später am 15. November. Die zweite, siebentägige Frist startet in der Regel ein bis zwei Wochen später, sodass die gesamte Nomination vor Weihnachten abgeschlossen sein wird. Gerade hier stehen nun grosse Herausforderungen für die Kandidatensuche an. «Wir wissen erst seit einigen Tagen, dass in unserer Gemeinde gesamthaft neun Vakanzen in drei Behörden zu besetzen sind und diese bis Ende Jahr gesucht werden müssen», führte eine Sektionspräsidentin aus.

Werden die Wahlen mit gedruckten Wahlzetteln durchgeführt, so darf nach der zweiten Frist die Anzahl vorgeschlagener Kandidaturen die Anzahl Sitze nicht überschreiten. Grundsätzlich bleiben aber alle Stimmbürger bis zum Wahltermin wählbar. Auch auf gedruckten Wahlzetteln können aufgeführte Personen gestrichen und andere Namen aufgeführt werden.

Finden die Wahlen mit dem System der leeren Wahlzettel mit Beiblatt statt, so sind einfach alle innerhalb der Fristen eingereichten Nominationen aufgeführt. Auch hier sind weitere Kandidaturen möglich, welche aber den Vorteil auf dem Beiblatt nicht nutzen können. Wer aber auf einem gedruckten Wahlzettel steht, hat sehr grosse Wahlchancen.

Die SMTEC AG erleben

Vor dem Austausch führte Reto May durch den hochmodernen Betrieb. Dieses KMU wurde 1999 von Vater Peter May gegründet und bereits ein Jahr später konnte der erste Neubau am heutigen Firmenstandort an der Gewerbestrasse bezogen werden.

Bis 2025 erfolgten vier Betriebserweiterungen. Heute sind im Unternehmen, welches als Familien AG geführt wird, rund 50 Mitarbeiter beschäftigt. Als Fertigungspartner für elektrische Produkte werden dabei hochkomplexe Leiterplatten produziert. «Zu unseren Kunden gehören die Medizin, Sensorik, Industrie, Bahn- und Sicherheitstechnik», führte May auf dem Rundgang durch die Produktionsräume aus. Hier wird mit modernster Technik kleinste Teile bspw. in Steuerungen oder auch Medizinalgeräte verbaut. Konkret werden beispielsweise für ein Endoskop die Kamera und der Lichtkörper aus verschiedenen Komponenten hergestellt. «Wenn man auf den Türöffnungsknopf im Zug drückt, steckt unter diesem allenfalls ein Produkt von uns», sagte May.

Rund 72 Prozent aller Kunden kommen aus der Schweiz, weitere 23 sind im EU-Raum angesiedelt und die restlichen fünf Prozent entfallen auf den globalen Markt.

Reto May führte durch den hochmodernen Produktionsbetrieb für Leiterplatten. Bild: RoMü

SVP WEISSLINGEN

Von Bratwürsten, Flugzeugen und Traktoren

Was eine Bratwurst mit dem Klima zu tun hat, erklärte der Präsident der Kantonsratsfraktion, Tobias Weidmann, anlässlich der Informationsveranstaltung der Sektion Wislig.

Tobias Weidmann erklärte anhand von eindrücklichen Beispielen, weshalb der «Züri-Finish» beim Klimagesetz am Ende von jedem Einzelnen von uns teuer bezahlt werden muss. Die neuesten Forderungen von Linksgrün wollen nämlich, dass die Klimaziele schon zehn Jahre früher, also im Jahr 2040, erreicht werden müssten.

Dass dies nur mit knallharten Massnahmen, also mit Verboten, erreichbar ist, dürfte nach seinen Ausführungen jedem klar geworden sein. Es ist deshalb wichtig, nochmals aktiv zu mobilisieren, damit auch wirklich jeder ein NEIN gegen den Klima-Wahn in die Urne wirft.

Hansruedi Arter, Präsident SVP Weisslingen

Am Sonntag kommt es auf jede einzelne Stimme gegen den Zürcher Klima-Wahn an! Bild: SVP Weisslingen

SVP DIGITAL

Teleblocher
Dr. Christoph Blocher im wöchentlichen Gespräch mit Dr. Matthias Ackeret.

In den Sümpfen von Bern
Wöchentlicher Videobeitrag von NR Thomas Matter zu den Machenschaften in Bern.

Weltwoche daily
Täglicher News-Flash am Morgen von Alt NR Roger Köppel.

SVP des Kantons Zürich
Instagram-Seite der SVP des Kantons Zürich. Wir freuen uns über jeden neuen Follower, jeden Like und jeden neuen Kommentar!

Wortwächsel
Der Podcast für Meinungsmacher von NR Benjamin Fischer.

SVP-STAMM

Bezirk Bülach/Bachenbülach
Jeden zweiten Mittwoch im Monat, ab 19.00 Uhr, Lokalität gemäss www.svp-bachenbuelach.ch.

Bezirk Bülach/Embrach
Jeden letzten Sonntag im Monat, ab 10.30 Uhr, Wöschhüsli, Oberdorfstrasse 15, Embrach.

Bezirk Dielsdorf/Dielsdorf
Jeden Dienstag, 16.00 – 21.00 Uhr, Restaurant Altes Gerichtshaus, Wehntalerstrasse 47, Dielsdorf.

Bezirk Dietikon/Birmensdorf und Urdorf
Jeden ersten Samstag im Monat, ab 10.00 Uhr, Alterszentrum am Bach, Bistro, Bachstrasse 1, Birmensdorf.

Bezirk Horgen/Adliswil
Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Pot Belly's, Soodring 21, Adliswil.

Bezirk Horgen/Thalwil
Jeden ersten Montag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Höfli, Farbsteig 17, Thalwil.

Bezirk Meilen/Stäfa
Jeden zweiten Dienstag im Monat, 19.00 – 22.00 Uhr, mit Nachtessen, Ort siehe www.svp-staefa.ch.

Bezirk Pfäffikon/Pfäffikon
Jeden ersten Samstag im Monat, 11.00 – 12.00 Uhr, Restaurant Hecht, Usterstrasse 8, Pfäffikon.

Bezirk Uster/Uster
Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab 18.30 Uhr, Lokalität gemäss https://event.evagic.com/svp-uster.

Stadt Winterthur
Jeden ersten Donnerstag im Monat, 18.30 Uhr, Restaurant Rössli, Rössligasse 7, Winterthur.

Stadt Winterthur/Wülflingen
Jeden Samstag, 11.00 – 12.30 Uhr, Taverne zum Hirschen, Lindenplatz 2, Winterthur.

Stadt Zürich/Kreis 6
Jeden ersten Dienstag im Monat, 19.00 Uhr, Wild West Steakhouse Texas, Winterthurerstrasse 175, Zürich.

Stadt Zürich/Kreis 12
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Schwamedingerhuus, Schwamendingerplatz 2, Zürich.

Junge SVP Kanton Zürich
Alle Events der Jungen SVP Kanton Zürich findest du auf unseren Social Media Channels oder auf unserer Website www.jsvp-zh.ch.

SVP-VERANSTALTUNGEN

Bezirk Dietikon/Birmensdorf
Mittwoch, 19. November 2025, 19.30 Uhr, Infoanlass zum Rahmenabkommen, Restaurant Brüelmatt, Dorfstrasse 10, Birmensdorf, mit den Nationalräten Barbara Steinemann, Gregor Rutz und Martin Haab.

Bezirk Dietikon/Unterengstringen
Samstag, 4. Oktober 2025, 10.45 Uhr, Sessions-Apéro, Altes Schulhaus, Alte Schulstrasse 9, Unterengstringen, mit Nationalrätin Barbara Steinemann und Kantonsrat André Bender.

Bezirk Hinwil/Gossau
Sonntag, 19. Oktober 2025, 10.00 Uhr, Führung durch das Unterdorf, Treffpunkt Kreisel Mönchaltorferstrasse/Leerütistrasse, Gossau. Anschliessend Festwirtschaft bis 16.00 Uhr.

Bezirk Horgen/Horgen
Montag, 29. September 2025, 19.30 Uhr, Orientierungsabend «Neue Verträge mit der EU», Romantik Hotel & Restaurant Schwan, Zugerstrasse 9, Horgen, mit Nationalrat Gregor Rutz. Anschliessend Apéro.

Bezirk Pfäffikon/Pfäffikon
Freitag, 24. Oktober 2025, 18.30 Uhr, SVP-Jassturnier, Schützenhaus, Schützenhausstrasse 19, Pfäffikon. Kosten: 25 Franken. Anmeldung bis 19. Oktober 2025 unter rajka_frei@bluewin.ch.

Bezirk Uster/Volketswil
Freitag, 17. Oktober 2025, bis Sonntag, 19. Oktober 2025, SVP-Stand an der Volketswiler Gewerbeausstellung VOGA, Kultur- und Sportzentrum Gries, Usterstrasse 35, Volketswil.

Bezirk Winterthur/Elsau
Dienstag, 21. Oktober 2025, 20.00 Uhr, Politanlass, Bowlinghalle BeSeCo, Rümikerstrasse 5A, Elsau, mit Nationalrat Martin Hübscher und Kantonsrat Tobias Weidmann, Fraktionspräsident.

Bezirk Winterthur/Zell
Freitag, 3. Oktober 2025, 20.00 Uhr, Politanlass, Restaurant Linde, Zellerstrasse 2, Rikon im Tösstal, mit Nationalrat Martin Hübscher und Kantonsrat Urs Wegmann.

Stadt Winterthur/Seen
Sonntag, 28. September 2025, 10.00 Uhr, Brunch, Bauernhof Eidberg, Ibergstrasse 155, Winterthur, mit Stadtratskandidat Christian Hartmann. Kosten: 35 Franken. Anmeldung unter www.svp-winterthur.ch.

Stadt Zürich/Kreis 11
ABGESAGT: Samstag, 27. September 2025, 09.00 – 12.00 Uhr, Standaktion, Marktplatz, Zürich-Oerlikon.

Stadt Zürich/Kreis 12
Samstag, 27. September 2025, 09.00 – 12.00 Uhr, Standaktion, Schwamendingerplatz, Zürich-Schwamendingen.

WEITERE VERANSTALTUNGEN

Samstag, 27. September 2025, bis Sonntag, 28. September 2025, SVP-Schiessen 2025, Schützenhaus, Schützenhausstrasse 6, Uster. Weitere Informationen unter www.svp-schiessen.ch.

Montag, 29. September 2025, 18.45 Uhr, Themenabend Wohnpolitik, Pädagogische Hochschule Zürich, Lagerstrasse 2, Zürich, mit Kantonsrat Domenik Ledergerber, Präsident SVP des Kantons Zürich. Anschliessend Apéro.

Montag, 29. September 2025, 18.30 Uhr, Informationsveranstaltung zu den EU-Rahmenverträgen, Club zur Geduld, Marktgasse 22, Winterthur, mit Nationalrat Martin Hübscher. Kosten: 25 Franken.

Donnerstag, 2. Oktober 2025, 19.30 Uhr, Vortragsabend «Wer bedroht die Schweiz? Wer regiert die Schweiz?», Hof Schlattgut, Schlattstrasse 67, Herrliberg, mit Nationalrätin Nina Fehr Düsel, Kantonsrat Domenik Ledergerber, Präsident SVP des Kantons Zürich, und Alt Nationalrat Ulrich Schlüer.

IMPRESSUM

Zürcher Bauer ISSN 1660-6701 ISSN 2296-3480 **Der Zürcher Bote**

Offizielles Organ des Zürcher Bauernverbandes.

Jahresabonnement Print + Online: Fr. 73.– + 2,6 % MWSt (Ausland auf Anfrage). **Jahresabonnement Online:** Fr. 65.– inkl. 2,6 % MWSt. **Redaktion:** ZBV, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, bauernverband@zbv.ch, Ferdi Hodel (FH), Telefon 044 217 77 33. **Insertionspreise:** www.zbv.ch/zuercher-bauer. **Abonnementsdienst:** Zürcher Bauernverband, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 33, abo@zuercher-bauer.ch.

Offizielles Organ der Schweizerischen Volkspartei des Kantons Zürich.

Abonnementspreis: Für die Schweiz jährlich für Parteimitglieder Fr. 55.–, für Nichtmitglieder Fr. 75.–. **Redaktion:** SVP, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, zb@svp-zuerich.ch, Sean Burgess, Telefon 044 217 77 68. **Insertionspreise:** www.svp-zuerich.ch/zurcher-bote. **Abonnementsdienst:** SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 66, sekretariat@svp-zuerich.ch.

Interne Autoren: SB – Sean Burgess; RW – Reinhard Wegelin; ROMÜ – Roland Müller.

Erscheint jeden Freitag. **Inseratenannahme:** SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 63, inserate@svp-zuerich.ch. **Inseratenschluss:** Mittwoch, 12.00 Uhr. **Veranstaltungsmeldungen:** veranstaltungen@svp-zuerich.ch **Layout:** Mattenbach Zürich AG, Binzstrasse 9, 8045 Zürich. **Druck:** Mittelland Zeitungsdruck AG (AZ Print), Neumattstrasse 1, 5001 Aarau.

Dübendorf, 8. September 2025

EINLADUNG
zur Delegiertenversammlung
Dienstag, 30. September 2025, 19.30 Uhr
Zentrumssaal, Im Zentrum 1, 8102 Oberengstringen

Vorprogramm

Türöffnung und Verpflegung ab 18.30 Uhr, Vorprogramm ab 18.45 Uhr

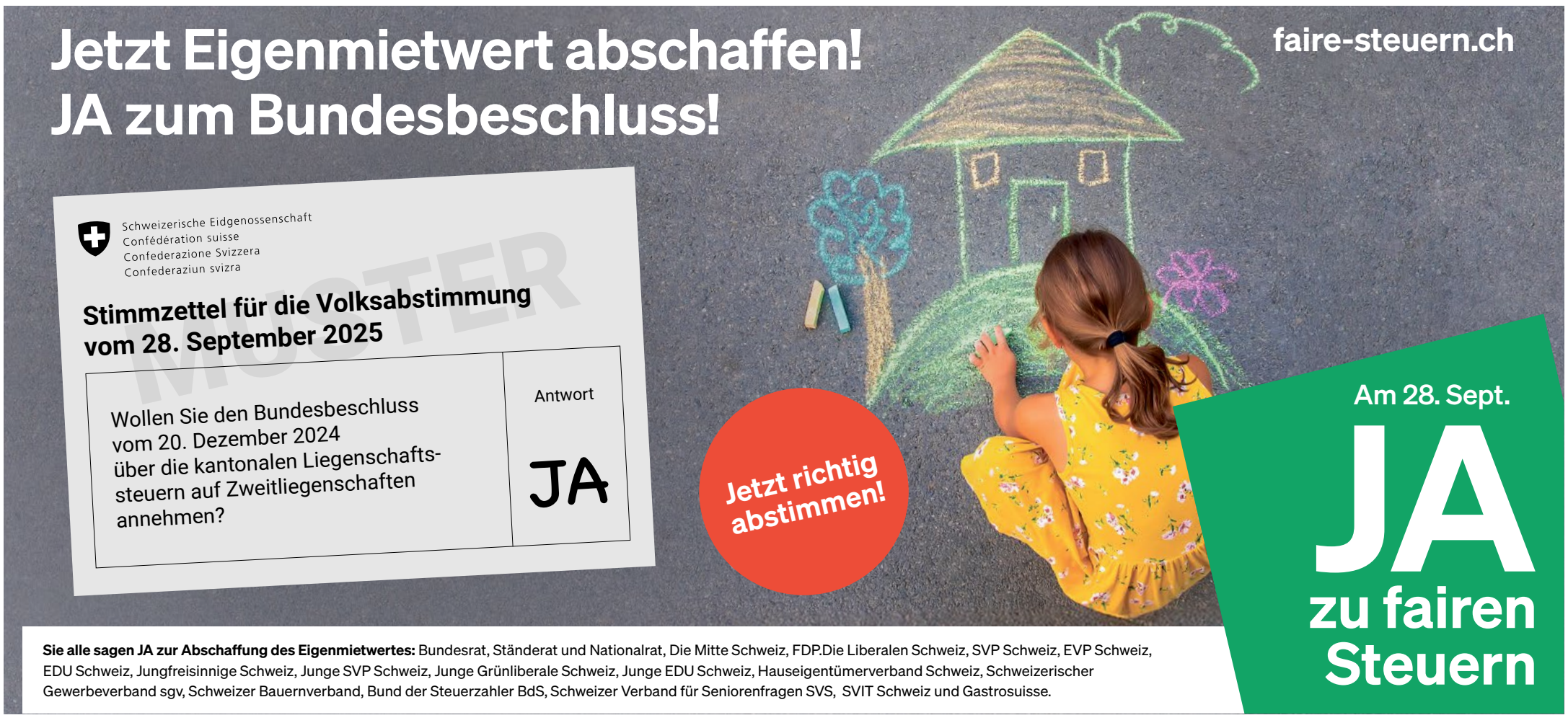
- Geniessen Sie Fleischkäse mit Kartoffelsalat / Cremeschnitte und Nussgipfel
- Musikalischer Auftakt durch die Kreismusik Limmattal
- Begrüssung durch Kantonsrat André Bender, Gemeindepräsident von Oberengstringen

Traktanden

1. **Begrüssung und Standortbestimmung** — Parteipräsident
2. **Wahl der Stimmenzähler** — Parteipräsident
3. **Eidg. Abstimmungsvorlagen vom 30. November 2025**
   a) **Volksinitiative «Für eine engagierte Schweiz (Service-citoyen-Initiative)»:** Kurzinformation und Parolenfassung — NR Martin Hübscher
   b) **Volksinitiative «Für eine soziale Klimapolitik – steuerlich gerecht finanziert (Initiative für eine Zukunft)»:** Kurzinformation und Parolenfassung — Jan Schibli, Inhaber und Geschäftsführer der Schibli-Gruppe

P A U S E mit Verpflegungsmöglichkeit

4. **Kantonale Abstimmungsvorlage vom 30. November 2025**

   Parolenfassung:
   a) **A. Kantonale Volksinitiative «Für ein Grundrecht auf digitale Integrität»**
      B. Gegenvorschlag des Kantonsrates vom 12. Mai 2025 — KR Roman Schmid
   b) **A. Kantonale Volksinitiative «Mehr bezahlbare Wohnungen im Kanton Zürich»**
      B. Gegenvorschlag des Kantonsrates vom 30. Juni 2025 — KR Markus Bopp

   Mobilisierung:
   c) **Strassengesetz (StrG)** (Änderung vom 31. März 2025) «Mobilitätsinitiative» — KR Ueli Pfister
5. **Wahlen: neues Mitglied im Kantonalvorstand** — Parteipräsident
6. **Verschiedenes**